



**<Vorname Nachname>  
Mitglied der  
Stadtverordnetenversammlung  
der <KOMMUNE>**

<ABSENDER>

<ADRESSAT>

Ort, Datum

### **Antrag: Keine Mehrbelastung der Bürger durch Grundsteuer-Änderung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt ihren Willen, dass die Änderung der Grundsteuer-Messbeträge als Folge der Grundsteuerreform in der Summe nicht zu einer Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger der <KOMMUNE> führen soll. Zu gegebener Zeit, allerdings so früh wie sinnvoll und möglich, soll die Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Anpassung der Grundsteuer-Hebesätze beschließen, um die Aufkommensneutralität zu gewährleisten.

Begründung:

Die Neuregelungen zur Grundsteuer führen in aller Regel zu einer – teilweise drastischen - Erhöhung der Grundsteuer-Messbeträge. Davon betroffen sind nicht nur Grundstückseigentümer, sondern auch Mieter. Die Grundsteuer errechnet sich aus der Grundsteuer-Messzahl mal dem Hebesatz. Daraus folgt: Bleibt der Grundsteuer-Hebesatz unverändert ist damit zu rechnen, dass dies zu einem – teilweise drastischen - Anstieg der Grundsteuerbelastung der Bürgerinnen und Bürger ab 2025 führen wird.

Die Betroffenen sollen mit dieser Entscheidung sicher gehen können, dass ihre Grundsteuerlast in <KOMMUNE> nicht durch die Grundsteuerreform ansteigt.

Die Befürchtungen der Betroffenen können durch diese Entscheidung ein wenig gemildert werden.

Mit freundlichen Grüßen

<NAME>  
DIE LINKE

DIE LINKE.Fraktion, Fraktionsvorsitzender <NAME>, <ADRESSE>